

Kanzlei – Info 03/2002

Rechtsanwalt Hans Jürgen Kotz

Fachanwalt für Arbeitsrecht

Siegener Straße 104 ~ 57223 Kreuztal

Telefon: 02732/791079 ~ Telefax: 02732/791078

Homepage: <http://www.ra-kotz.de> ~ E-Mail: info@ra-kotz.de

Rundschreiben i.S.d. BGH-Urteil vom 15.03.2001 – Az. : I ZR 337/98 – vgl. hierzu: <http://www.ra-kotz.de/anwaltswerbung2.htm>

Verfasser: Christian Kotz

In diesem Monat erläutere ich Ihnen:

- Das gerichtliche Mahn- und Klageverfahren (*auf Seite 1 ff.*)
- Gesetzesänderungen zum 01.04.2002 (*auf Seite 4*)
- Aus der Politik (*auf Seite 4 f.*)
- interessante Urteile – Kurz notiert (*auf Seite 6 ff.*)
- „Busen-Pfänder“ verliert seinen Job (*auf Seite 10*)

Das gerichtliche Mahn- und Klageverfahren – Teil 2:

Verfasser/in: A. Prengel und C. Kotz

I. Das Klageverfahren – Teil 2:

Hat der Schuldner gegen den Vollstreckungsbescheid Einspruch eingelegt und kommt es zu einem gerichtlichen Verfahren, dann muss er sich gegen die erhobene Klage verteidigen (*dies nennt man juristisch Klageerwiderung*). Er wird hierzu vom Gericht aufgefordert. Sollte er/sie jedoch keine Reaktion gegenüber dem Amts- oder Landgericht zeigen, so wird durch das Amts- oder Landgericht ein Versäumnisurteil ergehen, wenn dies bereits in der Klagebegründung durch den Rechtsanwalt des/r Klägers/in (*früher Antragsteller/in*) beantragt wurde.

Dieses Versäumnisurteil wird dann ebenfalls an die/den Beklagte/n zugestellt, mit der Rechtsmittelbelehrung, dass er/sie innerhalb einer Frist von **zwei Wochen** ab Zustellung des Urteils Einspruch hiergegen einlegen kann (*dieser Einspruch müsste jedoch auch begründet werden*). Sollte der Einspruch eingelegt werden, so wird durch das Amts- oder Landgericht ein Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt. **Beachte:** Beim Arbeitsgericht beträgt die Einspruchsfrist nur **eine Woche**!!

Sollte der/die Beklagte bzw. dessen/deren Rechtsanwalt auch zu diesem Termin nicht erscheinen, so kann in diesem Termin ebenso ein 2. Versäumnisurteil ergehen, welches dann an den/die Beklagte zugestellt wird. Aus diesem Urteil kann dann gegen den Schuldner vollstreckt bzw. die Zwangsvollstreckung betrieben werden.

II. Möglichkeiten der Zwangsvollstreckung: (nur die häufigsten Maßnahmen genannt)

- 1.) Gerichtsvollzieherbeauftragung / Zwangsvollstreckungsauftrag
- 2.) Antrag auf Abgabe der eidesstattlichen Versicherung bzw. Zwangsvollstreckungsauftrag (in)
- 3.) Verbindung mit Antrag auf Abgabe der eidesstattlichen Versicherung
- 4.) Antrag auf ein vorläufiges Zahlungsverbot
- 5.) Pfändung durch Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses
 - a. des Arbeitseinkommen
 - b. des Bankguthabens

Zu 1: Gerichtsvollzieherbeauftragung / Zwangsvollstreckungsauftrag:

Sofern der/die Gläubiger/in keinerlei Angaben über die persönlichen Verhältnisse, sprich Einkommen, Arbeitgeber usw. dem Rechtsanwalt bekannt geben kann, wird der Rechtsanwalt in der Regel einen Gerichtsvollzieher beauftragen. Der Gerichtsvollzieher wird dann den/die Schuldner/in zu Hause aufsuchen und sämtliche Fragen zu dessen/deren persönlichen Verhältnisse stellen. Sofern der/die Schuldner/in pfändbare Sachen hat, wird dieses in dem Pfändungsprotokoll festgehalten (nur mit gerichtlichem Durchsuchungsbeschluss!). Durch den 1. Besuch ohne gerichtlichen Durchsuchungsbeschluss wird der Schuldner vorgewarnt!

Während des Besuchs des Gerichtsvollziehers bei dem/der Schuldner/in besteht die Möglichkeit einer Ratenzahlungsvereinbarung. Hierbei muss der/die Schuldner/in angeben, welchen Betrag er monatlich zahlen will und kann. In der Regel ist es dann so, dass der/die Schuldner/in sofort einen Ratenbetrag an den Gerichtsvollzieher anweist, welcher dann an den Rechtsanwalt weitergeleitet wird.

In diesem Zusammenhang sei jedoch darauf hingewiesen, dass der Rechtsanwalt des/der Gläubigers/in in dem Zwangsvollstreckungsauftrag angeben muss, ob er überhaupt mit einer monatlichen Ratenzahlung durch den/die Schuldner/in einverstanden ist. Nachdem durch den Gerichtsvollzieher der Zwangsvollstreckungsauftrag vollständig erledigt wurde, sendet dieser die Zwangsvollstreckungsunterlagen nebst Pfändungsprotokoll an den Rechtsanwalt zurück. Die für diesen Auftrag bei dem Gerichtsvollzieher entstandenen Kosten werden durch diesen gleichzeitig in Rechnung gestellt. Sofern der/die Schuldner/in eine Rate geleistet hat, behält der Gerichtsvollzieher in der Regel die bei ihm entstandenen Kosten direkt ein.

Zu 2 und 3: Antrag auf Abgabe der eidesstattlichen Versicherung bzw. Zwangsvollstreckungsauftrag in Verbindung mit Antrag auf Abgabe der eidesstattlichen Versicherung:

Der Rechtsanwalt kann einen Antrag auf Abgabe der eidesstattlichen Versicherung stellen, sofern der/die Schuldner/in diese bislang noch nicht abgegeben hat. Um hiervon Kenntnis zu erlangen, ist die oben erwähnte Anfrage bei dem zuständigen Amtsgericht immer ratsam.

Sollte noch keine Abgabe der eidesstattlichen Versicherung erfolgt sein, und der Rechtsanwalt bzw. dessen/deren Mandant/in keinerlei persönliche Verhältnisse des/der Schuldners/in kennen, so wird in der Regel ein Zwangsvollstreckungsauftrag in Verbindung der sofortigen Abgabe der eidesstattlichen Versicherung durch den Rechtsanwalt gestellt. D.h. der Gerichtsvollzieher wird, wie bereits unter 1.) erläutert, den/die Schuldner/in aufsuchen und zu den persönlichen Verhältnissen befragen. Sofern der/die Schuldner/in hierzu keinerlei Angaben machen will, ist dann durch den Gerichtsvollzieher aufgrund des o.g. Antrages sofort die eidesstattliche Versicherung von dem/der Schuldner/in abzunehmen. Hierbei muss der/die Schuldner Angaben über seine momentane persönliche Situation machen, sprich Einkommen, Arbeitgeber, Bankverbindung. Auch nach dieser Erledigung übersendet der Gerichtsvollzieher die vollständigen Zwangsvollstreckungsunterlagen nebst Protokoll und seiner Kostenrechnung an den Rechtsanwalt. Dieser wird dann in der Regel mit dem/der Gläubiger/in Rücksprache nehmen um abzuklären, ob weitere Zwangsvollstreckungsmöglichkeiten – auch aufgrund des evtl. bestehenden Kostenrisikos – durchgeführt werden sollen.

Zu 4: Antrag auf ein vorläufiges Zahlungsverbot:

Sofern dem/der Gläubiger/in bzw. dessen/deren Rechtsanwalt – entweder direkt bei Mandatserteilung oder aber nun durch die Vorlage des Vermögensprotokolls - bekannt ist, in welcher Höhe sich das Arbeitseinkommen des/der

Schuldners/in beläuft, bzw. bei welcher Bank der/die Schuldner/in sein/ihr Bankkonto führt, wird der Rechtsanwalt in der Regel vor dem Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses (vgl. unten zu 5.) ein vorläufiges Zahlungsverbot an den zuständigen Gerichtsvollzieher, bzw. an die Gerichtsvollzieherverteilerstelle bei dem Amtsgericht versenden. Dieses vorläufige Zahlungsverbot wird dann durch den Gerichtsvollzieher sowohl an den/die Drittschuldner/in als auch an den/die Schuldner/in selbst zugestellt. In diesem vorläufigen Zahlungsverbot wird der/die Drittschuldner/in u.a. davon in Kenntnis gesetzt, dass eine Pfändung ansteht und daher gleichzeitig aufgefordert, an den/die Schuldner/in nicht mehr zu zahlen.

Über die Zustellung des vorläufigen Zahlungsverbotes an den/die Drittschuldner/in und an den/die Schuldner/in erhält der Rechtsanwalt eine Nachricht. Desweiteren wird der Gerichtsvollzieher auch hier die bei ihm anfallenden Kosten in Rechnung stellen.

Zu 5.: Pfändung durch Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses:

Hierzu fertigt der Rechtsanwalt des/der Gläubigers/in einen Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses, welcher an das Vollstreckungsgericht (=Amtsgericht) versandt wird, in welchem der/die Schuldner/in seinen/ihren Wohnsitz hat.

Bei Fertigung des Antrages auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschluss ist die Einzahlung von Gerichtskosten in Höhe von derzeit € 10,00 (*in der Vergangenheit DM 20,00*) notwendig. Diese Gerichtskosten werden in der Regel per Gerichtskostenmarken eingezahlt.

Sofern der Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses beim Vollstreckungsgericht eingegangen ist, wird dieser dem zuständigen Rechtspfleger zur Überprüfung vorgelegt. Nach dieser Überprüfung und der Voraussetzung, dass der Rechtspfleger keine Mängel vorzubringen hat, wird der Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses an den Gerichtsvollzieher weitergeleitet, welcher diesen Beschluss sowohl an den/die Schuldner/in als auch an den/die Drittschuldner/in zustellt.

Hierin wird der/die Drittschuldner/in – wie bereits unter 3.) erwähnt – aufgefordert, vorläufig nicht an den/die Schuldner/in zu zahlen. Desweiteren wird der/die Drittschuldner/in aufgefordert, binnen einer Frist von zwei Wochen ab Zustellung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses gegenüber dem Rechtsanwalt anzugeben, ob und inwieweit er/sie der Forderung als begründet anerkennt und ob er/sie bereit ist, Zahlung(en) zu leisten, ob und welche Ansprüche andere Personen an die Forderung machen, ob und wegen welcher Ansprüche die Forderung bereits für andere Gläubiger gepfändet ist, (vgl. insoweit § 840 ZPO).

zu 5 a: des Arbeitseinkommen

Sofern der/die Gläubiger/in den Arbeitgeber des/der Schuldners/in kennt, kann der Rechtsanwalt aufgrund des vorliegenden Vollstreckungsbescheides das Arbeitseinkommen

des/der Schuldners/in mit Hilfe des oben näher erläuterten Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses pfänden. Sollte der/die Schuldner/in mehrere Einkommen beziehen, besteht evtl. die Möglichkeit, des Zusammenrechnens der Arbeitseinkommen. **Beachte:** Pfändungsfreigrenzenenerhöhung seit 01.01.2002!! Ohne eine Unterhaltsverpflichtung liegt die Pfändungsgrenze hier bei 940 €.

zu 5 b: des Bankguthabens:

In der Regel verfügt jeder über ein Bankkonto. Sollte der Rechtsanwalt bzw. der/die Gläubiger/in dieses kennen, besteht die Möglichkeit, einen Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses hinsichtlich einer

Kontopfändung durchzuführen. Sollte der/die Schuldner/in über mehrere Bankverbindungen verfügen, kann der Rechtsanwalt einen Antrag auf Pfändung aller Bankverbindungen stellen.

Ebenso ist es jedoch auch möglich in dem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss mehrere Drittschuldner anzugeben, wie z.B. eine Bank hinsichtlich einer Kontopfändung und einen Arbeitgeber wegen des Arbeitseinkommens.

Gesetzesänderungen zum 01.04.2002:

Im April treten folgende interessante Gesetzesänderungen in Kraft:

- 1. Pflegeversicherung:** Altersverwirrte pflegebedürftige Menschen, die zu Hause versorgt werden, haben nun einen Anspruch auf ein zusätzliches Pflegegeld in Höhe von 460 € im Jahr. Dafür muss der medizinische Dienst der Krankenkassen aber neben dem normalen Pflegebedarf einen „erheblichen allgemeinen Betreuungsbedarf“ des Pflegebedürftigen anerkennen. Das zusätzliche Pflegegeld muss zudem für Tages- oder Nachtpflege oder andere Betreuungsangebote eingesetzt werden.
- 2. Krankenversicherung:** Bisher freiwillig krankenversicherte Rentner können in die Pflichtversicherung wechseln. Damit müssen sie wie pflichtversicherte Rentner keine Krankenkassenbeiträge mehr auf Zusatzeinkünfte wie Zins- oder Mieterträge zahlen. Die Änderung geht auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von März 2000 zurück. Allerdings haben pflichtversicherte Rentner auch die Möglichkeit, weiterhin als freiwilliges Mitglied bei den Kassen zu bleiben, wenn das günstiger ist. Dies kann etwa bei freiwillig versicherten Rentnern der Fall sein, die neben der gesetzlichen Rente keine weiteren Einnahmen mehr haben.
- 3. Arbeitsvermittlung:** Arbeitssuchende können seit 27.03.2002 auf Kosten des Arbeitsamtes einen privaten Arbeitsvermittler einschalten. Nach 3 Monaten Arbeitslosigkeit, hat der Arbeitslose einen Anspruch auf einen solchen staatlichen Vermittlungsgutschein. Der Wert dieses Gutscheins hängt von der Dauer der Arbeitslosigkeit ab. Wer 3 Monate ohne Arbeit ist, bekommt für eine private Vermittlung einen Bon über 1.500 €, nach mehr als 9 Monaten Arbeitslosigkeit den Höchstbetrag von 2.500 €. Einen Eigenanteil muss der Arbeitslose nicht leisten. Die Bons sind 3 Monate gültig.

Aus der Politik:

I. Bundesratsinitiative zur Verbesserung der Zahlungsmoral!

1. Allgemein: Die Bundesländer Sachsen und Thüringen haben am 01.03.2002 im Bundesrat einen Gesetzesentwurf zur dinglichen Sicherung von Werkunternehmeransprüchen und zur verbesserten Durchsetzung von Forderungen (**Forderungssicherungsgesetz - FoSiG**) eingebracht. Sachsen-Anhalt kündigt ferner die Einbringung eines entsprechenden Gesetzesentwurfs an.

Grund hierfür ist, dass gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen durch Forderungsausfälle in Mitleidenschaft gezogen oder gar in ihrer Existenz gefährdet werden. Da sie das Rückgrat der Wirtschaft seien und die meisten Arbeitsplätze stellten, müssten sie vor Zahlungsausfällen geschützt und ihre Existenz gesichert werden.

2. Inhalt des Gesetzentwurfs:

- a. Die Rechtsstellung des Subunternehmers soll durch die Einräumung eines gesetzlichen Forderungspfandrechts verbessert werden. In Vertragsketten soll dem Hersteller eines Werkes ein gesetzliches Pfandrecht an der Forderung seines „Vormannes bzw. Vorfrau“ gegen dessen Auftraggeber eingeräumt werden. Damit soll dem Bauhandwerker als Ausgleich für seine Vorleistungspflicht der Zugriff auf die Forderung seines „Vormannes bzw. Vorfrau“ ermöglicht werden.
- b. Der Anwendungsbereich der Bauhandwerkersicherungshypothek soll erweitert werden.
- c. Der Bauunternehmer soll an dem eingebauten Material in Zukunft einen Eigentumsvorbehalt erhalten. Dahinter steht die Überlegung, dass allein schon durch die Androhung des Unternehmers, seine Materialien wieder auszubauen, Druck auf den Auftraggeber ausgeübt werden kann, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Im Falle der Zahlungsunfähigkeit seines Auftraggebers kann der Bauhandwerker seinen Schaden dann mindestens um den Materialwert verringern.
- d. Das Gericht des ersten Rechtszuges soll ein sog. „Voraburteil“ erlassen können, wenn aufgrund der Verhandlung und Beweiserhebung in einem ersten Termin bereits eine vollständige Beurteilung des Sach- und Streitstandes möglich ist. Hierdurch soll es säumigen Schuldnern erschwert werden, sich einen sogenannten „Justizkredit“ zu verschaffen.
- e. Die Möglichkeiten des Gläubigers in der Zwangsvollstreckung sollen verbessert werden. Zukünftig sollen Zulassungsbehörden, das Kraftfahrtbundesamt sowie die Sozialversicherungsträger um Auskunft ersucht werden dürfen. Als „letztes Mittel“ soll die Möglichkeit einer Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung in den Fahndungshilfsmitteln der Polizei bestehen. Liegt gegen den Schuldner ein Haftbefehl zur Erzwingung der Abgabe der eidesstattlichen Versicherung vor, soll der Schuldner auch zur Festnahme ausgeschrieben und von der Polizei verhaftet werden dürfen.
- f. Bei bestimmten Vermögensstraftaten soll der Ausschluss von der Funktion des Geschäftsführers einer GmbH oder des Vorstands einer Aktiengesellschaft möglich sein. Dies soll dadurch erreicht werden, dass die bisherigen Ausschlussstatbestände erweitert werden um die Betrugstatbestände des Strafgesetzbuches sowie um die Straftatbestände der Untreue, des Vorenthaltens und Veruntreuens von Arbeitsentgelt sowie die Straftatbestände der §§ 82 und 84 Abs. 1 Nr. 2 GmbHG (*falsche Angaben zu Kapital oder pflichtwidriges Verschweigen von Liquiditätsschwierigkeiten einer GmbH*) bzw. §§ 399 bis 401 Abs. 1 AktG (*falsche Angaben zu Kapital oder pflichtwidriges Verschweigen von Liquiditätsschwierigkeiten einer Aktiengesellschaft*).

II. In NRW wird der Landtag verkleinert und die „Volksinitiative“ eingeführt:

Der nordrhein-westfälische Landtag hat seine eigene Verkleinerung beschlossen. Zur nächsten Landtagswahl in drei Jahren sinkt die Zahl der Abgeordneten von heute 201 auf 181. Ferner wurden die Anforderungen für ein erfolgreiches Volksbegehren von 20 auf 8 % der Wahlberechtigten gesenkt. Auch über Verfassungsänderungen können die Bürger jetzt direkt abstimmen. Neu eingeführt wird die so genannte

Volksinitiative: Auf Antrag von 0,5 % der Wahlberechtigten muss sich der Landtag künftig mit einer Vorlage aus der Bevölkerung befassen.

interessante Urteile – Kurz notiert!**I. Steuerfahndung darf Bankunterlagen an das Wohnsitzfinanzamt übergeben!
Niedersächsische Finanzgericht - Az. 6 V 384/01 - Beschluss vom 05.12.2001**

Leitsatz (vom Verfasser nicht amtlich!): Die von der Steuerfahndung wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung im Rahmen einer (Haus-) Durchsuchung beschlagnahmten Bankunterlagen dürfen dem zuständigen Wohnsitzfinanzamt zu Besteuerungszwecken übergeben werden.

Sachverhalt: Die Steuerfahndung hatte ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung gegen Verantwortliche einer Bank eingeleitet. Der Bank wurde vorgeworfen, Kunden anonymisierte Geldtransfers ins Ausland zu ermöglichen. Das zuständige Gericht erließ einen Durchsuchungsbefehl. Gegenstand der Durchsuchung waren die im Beschluss genannten Konten, bei denen der Verdacht auf anonymisierte Geldtransfers bestand. So wurden die Steuerfahnder auch auf den Antragsteller aufmerksam. Die diesbezüglich von ihm gemachte Kontrollmitteilung wurde dem Antragsgegner übermittelt, der daraufhin ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen den Antragsteller einleitete. Der Antragsgegner beabsichtigte, die von der Steuerfahndung gefundenen Bankunterlagen an das Wohnsitzfinanzamt des Antragstellers zu Besteuerungszwecken zu übergeben. Mit einer einstweiligen Anordnung wollte dies der Antragsteller verhindern. Ohne Erfolg.

Entscheidungsgründe: Das FG Niedersachsen hat den Antrag hinsichtlich des Verwertungsverbotes der Bankunterlagen abgelehnt. Insbesondere konnte sich der Antragsteller nicht auf das Bankgeheimnis nach § 30 a Abs. 3 AO berufen, wonach legitimationsgeprüfte Guthabenkonten anlässlich der Außenprüfung bei einem Kreditinstitut nicht zwecks Nachprüfung der ordnungsmäßigen Versteuerung festgestellt oder abgeschrieben werden dürfen. Denn das finde seine Schranken in der verfassungsmäßigen Ordnung (Art. 2 Abs. 1 GG). Eine solche Schranke stelle unter anderem auch der § 208 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AO dar.

Ferner ließ das FG auch das Argument des Antragstellers nicht gelten, wonach es sich bei den Durchsuchungen um eine unzulässige Rasterfahndung/Ausforschungsmaßnahme gehandelt habe. Eine solche sei nur dann zu bejahen, wenn bei einem steuerrechtlichen Ermittlungsverfahren kein Anfangsverdacht vorgelegen habe ein steuerrechtliches Ermittlungsverfahren bei einem Kreditinstitut dazu benutzt werde, undifferenzierte Bankvorgänge einer Überprüfung zu unterziehen.

Das Ermittlungsverfahren sei auch nicht Folge einer undifferenzierten Überprüfung von Kundenvorgängen aus Anlass eines steuerstrafrechtlichen Ermittlungsverfahrens gegen Mitarbeiter der Bank gewesen, entschied das Finanzgericht. Denn insofern ordnete der Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichts die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln an, die im Zusammenhang mit anonymen Transfers zur Bank in Luxemburg in Verbindung standen. Insbesondere wurden die Konten des Antragstellers nur deswegen überprüft, weil dieser anonyme Geld- und Wertpapiertransfers nach Luxemburg vorgenommen

hatte. Da die Ermittlungsbehörden den in § 208 AO beschriebenen Aufgabenbereich nicht überschritten hatten, stand der Weitergabe der Bankunterlagen an das Wohnsitzfinanzamt des Antragstellers nicht das Bankgeheimnis des § 30a Abs. 3 AO entgegen.

II. Britische Sammelklage wegen Thrombose-Risiko durch die Pille!

Die Familien von etwa 100 Frauen haben am 04.03.2002 vor dem obersten britischen Zivilgericht in London ein Verfahren gegen die Hersteller von Anti-Baby-Pillen begonnen. Sie werfen ihnen vor, bei Pillen der so genannten dritten Generation nicht vor einem erhöhten Thrombose-Risiko gewarnt zu haben.

Die Klage richtet sich gegen Produkte der Pharmafirmen Schering, Organon und Wyeth, die in den 80er und Anfang der 90er Jahre auf den Markt gebracht wurden. Die Unternehmen bestreiten die Vorwürfe und bezeichnen ihre Produkte als sicher.

Zu Beginn des Verfahrens vor dem High Court sagte der Vertreter der Kläger, einige Frauen seien leicht, andere schwer geschädigt worden. Einige seien sogar gestorben. Im Vergleich zur Pille der zweiten Generation habe die der dritten Generation ein erhöhtes Thrombose-Risiko. Davor hätten die Hersteller warnen müssen.

III. Angabe eines unklaren Neupreises bei Gebrauchtwagen nicht immer irreführend Oberlandesgericht Lübeck – Az.: 6 U 78/01 – Urteil vom 27.02.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Stellt ein Autohändler in seiner Autowerbung dem verlangten Preis einen durchgestrichenen „Neupreis“ gegenüber, ohne diesen zu erklären, so stellt dies nicht zwangsläufig eine Irreführung i.S.d. § 3 UWG dar.

Sachverhalt: In einer Autoanzeige hatte der beklagte Automobilhändler überwiegend gebrauchte Fahrzeuge angeboten. Darin war jeweils auf einen nicht näher erläuterten „Neupreis“ Bezug genommen worden.

Entscheidungsgründe: Eine Irreführung des Verbrauchers liegt nach Ansicht des OLG Lübeck erst vor, wenn der ursprünglich vom Händler für den Neuwagen verlangte Preis unterhalb des angegebenen Neupreises liege. Sei dies nicht der Fall, so muss der werbende Automobilhändler nicht unbedingt angeben, ob es sich bei dem genannten Bezugspreis um eine unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers, einen früheren eigenen Preis oder um einen Preis der Konkurrenz handle.

IV. Entscheidung des BVerfG zur Wehrpflicht erwartet

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe will in den nächsten Wochen über die Verfassungsmäßigkeit der Wehrpflicht entscheiden. Es gab hierzu einen Vorlagenbeschluss des Landgerichts Potsdam zum Bundesverfassungsgericht vom 19.03.1999.

Diesen können Sie sich auf meiner Homepage durchlesen: <http://www.ra-kotz.de/wehrpflicht.htm>

V. Arbeitgeber muss nicht abbaubare Überstunden vergüten!
Landesarbeitsgerichts Rheinland-Pfalz - Az.: 5 Sa 1153/01 – Urteil vom 05.03.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Ein Arbeitnehmer, der für Überstunden wegen der Beendigung des Arbeitsverhältnisses keinen Freizeitausgleich mehr bekommen kann, hat Anspruch auf entsprechende Bezahlung.

Sachverhalt: Beim Kläger waren 98 Überstunden angefallen. Im Betrieb war vereinbart, dass diese jeweils „abgefeiert“ werden durften bzw. sollten. Bevor der Kläger seine Überstunden jedoch abbauen konnte, endete das Arbeitsverhältnis. Der Kläger verlangte daher eine Zahlung von knapp 2300 DM von seinem früheren Arbeitgeber.

Entscheidungsgründe: Das LAG sah die Forderung des Klägers als berechtigt an. Das Zeitguthaben eines Arbeitnehmers bedeutet nach der Ansicht des LAG „rechtlich“ eine Vorleistung. Es entsteht daher ein Vergütungsanspruch des Arbeitnehmers, wenn diese vom Arbeitgeber nicht mehr mit Freistunden ausgeglichen werden können. Es ist dabei unerheblich, aus welchen Gründen der Abbau der Überstunden nicht mehr möglich ist.

Aufgrund der grundsätzlichen Bedeutung des Sachverhalts wurde die Revision zum Bundesarbeitsgericht in Erfurt zugelassen.

VI. AGB-Klausel über fast vollständige Bezahlung bei Lieferung ist rechtswidrig!
OLG Zweibrücken - Az.: 4 U 115/00

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Eine Klausel in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (=AGB), nach der im Falle vereinbarter Lieferung und Montage 80% der Vergütung schon bei Anlieferung der Ware und die restlichen 20% nach Montage fällig werden sollen, ist unwirksam, weil sie die Leistungsverweigerungsrechte der Kunden unzulässig einschränkt.

Entscheidungsgründe: Dem Kunden wird nach Ansicht des OLG durch diese AGB-Klausel ein Teil seines Druckmittels genommen, das ihm auch nach dem Willen des Gesetzgebers zur Durchsetzung etwa von Nachbesserungsansprüchen (z.B. Mängelbehebung, Nachlieferung etc.). Die AGB-Klausel eines beklagten Fenster- und Türenherstellers wurde daher wegen Verstoßes gegen § 11 I Nr. 2a und b AGBG für nichtig erklärt (nach der Schuldrechtsreform zum 01.01.2002 = § 309 BGB).

Anmerkung: Diese Entscheidung ist interessant bei Möbelkäufen jeglicher Art und bei Bestellung von Fenstern und Türen, sobald eine solche AGB-Klausel Vertragsbestandteil geworden ist.

VII. Nichtbeachten einer Mietvertragsklausel kann zum Verlust der Haftungsbeschränkung führen!
OLG Köln - Az. 8 U 40/01 – Urteil vom 19.02.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Kommt der Mieter eines Pkws nicht der in einer AGB-Klausel vereinbarten Pflicht nach, bei einem Unfall die Polizei zu benachrichtigen, entfällt auf Grund dieser Obliegenheitsverletzung (=Vertragsverletzung) die im Mietvertrag vereinbarte Haftungsbeschränkung (= z.B. Vollkasko mit Selbstbeteiligung). Der Mieter des Pkws muss dann selbst für alle aus einem Unfall resultierenden Schäden aufkommen.

Sachverhalt: Der Beklagte mietete einen Pkw. Im Mietvertrag war eine Vollkaskoversicherung mit 450 DM Selbstbeteiligung vereinbart worden. Weiterhin stand in den AGBs des Mietvertrages, dass der Mieter des Pkws die sich aus dem Vertrag ergebenden Pflichten zu beachten hatte. Zu diesen Pflichten gehörte u.a. eine Unfallaufnahme durch die Polizei. Der Kläger prallte mit dem Pkw in eine Leitplanke und benachrichtigte jedoch nicht die Polizei. Daraufhin verlangte die Mietwagenfirma von ihm vollen Schadensersatz in Höhe von 13.000 DM.

Entscheidungsgründe: Das OLG Köln sah den Schadensersatzanspruch der Mietwagenfirma für begründet an. Der Beklagte hat dadurch, dass er die Polizei nicht benachrichtigt hat, eine Vertragsverletzung begangen. Dabei kommt es auf einen Fremdschaden nicht an. Ausschlaggebend ist nach Ansicht des OLG vielmehr, dass die Klausel, bei einem Unfall sei die Polizei zu benachrichtigen, auch dazu diene, der Mietwagenfirma die Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen gegen den Mieter zu ermöglichen. Dies trifft auch im vorliegenden Fall zu. Die Aussage des Beklagten, dass er einem Reh ausweichen musste, ist wegen seiner Vertragsverletzung nicht mehr überprüfbar gewesen. Nach Ansicht des OLG hätte der Beklagte ohne weiteres die Polizei verständigen können. Deshalb entfalle die Haftungsbeschränkung mit der Folge, dass der Beklagte für den gesamten Schaden selbst einstehen muss.

VIII. Klage wegen Lärmbelästigung durch klappende Autotüren abgewiesen! LG Lüneburg – Az.: 5 S 60/01 - Urteil vom 14.03.2002

Kurz notiert: Ein Vater von zwei kleinen Kindern hatte protokolliert, dass in den letzten fünf Monaten 65 mal Autotüren und Heckklappen auf dem Parkplatz vor seinem Haus nach 20.00 Uhr zugeschlagen wurden. Er wollte eine gerichtlich verordnete Ruhezeit von 20.00 bis 7.00 Uhr in einem Radius von 25 Metern um sein Haus durchsetzen. Das Gericht sah aber keine wesentliche Belästigung oder Schikane und wies die Klage ab.

IX. Herabfallen von Früchten keine Pflichtwidrigkeit des Grundstücksbesitzers! LG Zwickau – Az.: 1 O 740/00 – Urteil vom 08.03.2002
--

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Es besteht keine allgemeine Pflicht, Sträucher oder Bäume in ihrem natürlichen Wuchs zu hindern. Das natürliche Abwerfen von Laub oder Früchten und hierdurch verursachte Schäden ist keine Pflichtwidrigkeit des Grundstücksbesitzers, die er ohne konkreten Anlass verhindern muss. Anders ist dies nur, wenn bekannt ist, dass die herabfallenden Früchte eine stark ätzende Säure enthalten und regelmäßig Schäden z.B. auf Autolacken verursachen.

Sachverhalt: Das Auto des Klägers stand während der Sommermonate auf seinem Stellplatz an der Grundstücksgrenze. Hinter dem Zaun (in vorschriftsmäßigem Abstand) wuchs unter anderem eine Traubenkirsche. Deren Früchte fielen auf das Auto und hinterließen dunkle Flecken auf dem Lack, die nicht abzuwaschen waren. Eine Werkstatt stellte fest, dass die Klarlackoberfläche des Autos durchgefressen war. Eine Neulackierung kostete 2.000 €. Diese wollte der Autobesitzer von seinem Nachbarn einklagen. Gleichzeitig begehrte er Unterlassungsmaßnahmen, um einen solchen Schaden in Zukunft zu vermeiden.

Entscheidungsgründe: Die Klage hatte keinen Erfolg. Der vom Gericht eingeschaltete Sachverständige fand auch nach umfangreicher Literaturrecherche keine Hinweise auf die vom Kläger behauptete ätzende Wirkung der Traubenkirsche. Somit konnte dem Nachbarn die schuldhafte Verletzung einer „Verkehrssicherungspflicht“ nicht vorgeworfen werden. Die Neulackierung seines Autos muß der Autobesitzer selbst zahlen. Auch mit seinem Anspruch auf Unterlassungsmaßnahmen für die Zukunft blieb der Kläger erfolglos. Denn die Traubenkirsche an der Grenze neben seinem Stellplatz ist abgestorben.

(Anmerkung: Ob da wohl nicht nachgeholfen wurde??)

X. Keine Verpflichtung zur zutreffenden Aufklärung über den Wert von Verkaufsobjekten! OLG Düsseldorf - Az.: 9 U 265/00 - Urteil vom 01.10.2001
--

Leitsatz (vom Verfasser nicht amtlich!): Verkäufer sind nicht verpflichtet, objektiv richtige Angaben über den Wert einer Kaufsache zu machen. Ein Gutachten über ein Verkaufsobjekt kann vom Käufer nicht so interpretiert werden, als wollte der Verkäufer damit den Verkehrswert des Kaufobjekts zutreffend angeben. Vielmehr ist ein solches Gutachten lediglich eine Information für den Käufer, dass der Verkehrswert des Kaufobjekts auf einen bestimmten Betrag festgestellt wurde. Das Urteil ist rechtskräftig!

Sachverhalt: Der Käufer einer Eigentumswohnung hat gegen die Verkäufer geklagt. Diese hatten dem Käufer ein Wertgutachten gegeben, in dem die Wohnung zu einem Sachwert von 400.000 DM veranschlagt worden war. Als der Kläger die Wohnung ein Jahr nach Kauf verkaufen musste, setzte ein von ihm eingeschalteter Sachverständiger den Sachwert der Wohnung auf 290.000 DM fest.

Entscheidungsgründe: Das OLG Düsseldorf hob mit seiner Entscheidung das Urteil des LG Düsseldorf auf. Diese hatte dem Wunsch des Klägers auf Rückabwicklung des Kaufvertrages stattgegeben, nachdem ein weiteres vom Gericht in Auftrag gegebenes Gutachten den Wert des Objekts auf nur mehr 195.000 DM festgesetzt hatte. Nach Ansicht des OLG Düsseldorfs kann der Verkäufer aber nur dann belangt werden, wenn er bewusst ein falsches Gutachten vorlegt. Der Kläger hatte dies im vorliegenden Fall aber nicht geltend gemacht.

Amüsantes zum Abschluss – Busenpfänder verliert seinen Job!
--

Ein Gerichtsvollzieher aus Rosenheim ist nun wegen seiner „seltsamen Vollstreckungsmethoden“ seinen Job los. Der Gerichtsvollzieher klebte zum Beispiel einer Dame, die ihre Steuern nicht bezahlt hatte, einfach das Pfandsiegel (*im Volksmund „Kuckkuck“*) auf Busen, Bauch und Po. In einem anderen Fall klebte er beim Eintreiben der Kraftfahrtsteuer den Kuckkuck auf das Dekolleté der Steuersünderin und küsste auch noch ihren Busen. Seit 1997 häuften sich die Beschwerden über die Vollstreckungsmethoden dieses Gerichtsvollziehers im Landkreis Rosenheim.

Im September 2000 wurde er daraufhin vom Amtsgericht wegen Beleidigung zu 7 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Er wurde daraufhin vom Dienst suspendiert. Das Verwaltungsgericht München bestätigte im März 2002 diese Entscheidung. Auch für ein Revisionsverfahren stehen die Chancen schlecht. Nun ist der Job und der Beamtenstatus futsch.....